

Die Giftpfeile der UEL

Die »Union luxembourgeoise des entrepreneurs« (UEL) hat die sozialen Errungenschaften der Schaffenden nach wie vor fest im Visier. Und kann es nicht lassen, sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Giftpfeilen anzugreifen. Dies mit dem vorrangigen Ziel, die Profite der Betriebe und die Renditen der Aktionäre weiter zu steigern.

Während die UEL einerseits immer wieder mit Erfolg Steuererleichterungen für die Betriebe fordert, verlangt sie auf der anderen Seite die Beschneidung des in Jahrzehnten hart erkämpften Luxemburger Sozialsystems.

So machte sich der Dachverband der Unternehmer Anfang dieser Woche bei einer Pressekonferenz zur Wirtschaftsentwicklung abermals für eine drastische Senkung der Sozialausgaben durch den Staat stark. Bei den Sozialtransfers müssten unbedingt selektivere Kriterien her. Auch eine Reform des Rentensystems dränge sich schleunigst auf.

Ein weiteres Problem sei die Inflation. Eine Teuerungsrate, die derzeit so hoch sei wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr, und die rasanter voranschreite als in den Nachbarländern. Damit sei die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zusätzlich gefährdet, jammerten die Unternehmer.

Dass die Schaffenden und deren Familien am meisten unter der Inflation zu leiden haben, wurde nicht erwähnt. Auch wurden von der UEL keine Maßnahmen vorgeschlagen, die dazu führen könnten, diese Menschen, durch welche die Profite der Betriebe schließlich erschafft werden, vor weiterem Kaufkraftverlust und dem zunehmenden Armutsrisiko zu schützen.

Im Gegenteil. Die Schaffenden sollen in noch größerem Maße ausgebeutet werden. Wie? Indem

keine Lohnforderungen gestellt werden und der Preis der Arbeit weiter entwertet wird. So wiederholte der Unternehmerverband seine alte Forderung, bei künftigen Anpassungen der Löhne an die Teuerung nur mehr Indextranchen von maximal 1,5 Mal den sozialen Mindestlohn zu gewähren. Alles über diesem Lohnanteil (derzeit 2.413 Euro brutto) Erschaffte soll also nicht mehr angepasst werden. Anders ausgedrückt: es soll dem Salarariat vorenthalten werden, ... damit es den Aktionären zufließen kann. Dass diese Maßnahme so vorgestellt wurde, dass sie des Weiteren den Vorteil habe, die Lohnschere schrittweise zu schließen, schlägt dem Fass wohl den berühmten Boden aus.

Allein diese Forderung des Unternehmerbandes zeigt einmal mehr, dass mit Zugeständnissen an die Schaffenden ein für allemal Schluss sein soll. Schließlich ist die herrschende Klasse im real existierenden Kapitalismus seit dem vorübergehenden Ende der Systemauseinandersetzung nicht mehr angehalten, etwaige Rücksichten zu nehmen und Kompromisse einzugehen. Das Rad der Geschichte soll deshalb nicht nur gebremst, sondern zurückgedreht werden.

Wer nicht dagegen ankämpft und den Schaffenden keine Alternativen zu dieser salariatsfeindlichen Politik bietet, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, die »Spielregeln des Kapitalismus« zu akzeptieren, die einerseits in steigenden Profiten und prall gefüllten Bankkonten der Aktionäre bestehen, auf der anderen Seite die Vernichtung von Arbeitsplätzen, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, zunehmende Armut und soziale Ausgrenzung vorantreiben.

Deshalb, gemeinsam mit den Kommunisten »Géint all sozialen Ofbau!«.

gilbert simonelli